

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 12

Artikel: USA : die Linke muss die Kosten der Aggression erhöhen : Entscheiden zwischen Pepsi-Cola und Coca-Cola
Autor: Chomsky, Noam / Hanauer, Edmund R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340293>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Langsamkeit. Selbst der Fortschritt ist erträglich, wenn er mit Faulheit gepaart ist.»

Man hat schon viel darüber geredet, ob die Juden den Messias

überhaupt wollen, ob jemand Utopien verwirklicht sehen will. Es ist an der Zeit, dass sich nicht nur die Chargaffs fragen, ob womöglich der eine oder andere den Untergang *nicht* will.

Erwin Chargaff. Zeugenschaft. Essays über Sprache und Wissenschaft. Klett-Cotta Verlag 1985. 239 S.
Erwin Chargaff. Das Feuer des Heraklit. Klett-Cotta-Verlag 1979. 290 S.

USA: Die Linke muss die Kosten der Aggression erhöhen

Entscheiden zwischen Pepsi-Cola und Coca-Cola

Ein Gespräch mit Noam Chomsky

Noam Chomsky, Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology (MIT) gehört zu den führenden Köpfen der Linken in den Vereinigten Staaten. Er war einer der ersten Kritiker der amerikanischen Vietnam-Aggression. Heute legt er sich mit Ronald Reagans Mittelamerika-Politik an. Über die Zukunft der amerikanischen Linken hat ihn Edmund R. Hanauer befragt, amerikanischer Journalist und Politikwissenschaftler, der in München lebt. Das Interview wurde für die Zeitschrift L'80 gemacht und von dessen Herausgeber, Johano Strasser, übersetzt. L'80 ist im Buchhandel erhältlich oder direkt bei der L'80 Verlagsgesellschaft mbH, Hansestrasse 63a, 5000 Köln.

Hanauer: Wenn man die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von 1984 betrachtet, gibt es da eine Hoffnung, und, wenn ja, wo liegt sie für die Linke in den USA?

Chomsky: Zunächst möchte ich betonen, dass die Ergebnisse der 1984er-Wahl weithin falsch interpretiert worden sind, und zwar auf der Linken ebenso wie auf der Rechten. Tatsächlich gab es keinen Erdrutschsieg. Alles andere als das. Fast 50% der Bevölkerung ging gar nicht erst zur Wahl; in der Tat gewann Reagan wenig mehr als 30% aller Wahlberechtigten für sich. Darüber hinaus sprach sich die Mehrzahl derjenigen, die ihn wählten, gegen seine politischen Prinzipien und gegen sein Programm aus. Über 60% der Wähler, die sich für Reagan aussprachen, äusserten in einer

Umfrage die Hoffnung, dass sein Programm nicht verwirklicht werden möge. Diejenigen, die sich selbst als wirkliche Konservative bezeichneten und an das Reagansche Programm glaubten, die gläubigen Reagan-Anhänger also, machten vielleicht 4% der Bevölkerung aus. Das Entscheidende ist, dass ein grosser Teil der Bevölkerung sich für die Wahlentscheidung überhaupt nicht interessierte, darunter bezeichnenderweise die ärmeren Schichten. Die Nicht-Wähler in den USA sind die Arbeitslosen, die Armen, ganz allgemein die Unterprivilegierten, eben jene Gruppen und Schichten, die in europäischen Ländern eine der Arbeiterparteien wählen würden. Diese Leute gehen in den USA nicht zur Wahl, weil sie erkannt haben, dass sie de facto

kein Wahlrecht haben, dass sie nur zwischen zwei Flügeln der konservativen Partei wählen können. Das interessiert sie nicht, deshalb wählen sie nicht. Von denen, die zur Wahl gingen, behandelten die meisten die Angelegenheit durchaus zu Recht als eine Art Entscheidung zwischen Pepsi-Cola und Coca-Cola, als eine Frage der Verpackung also. Die überwältigende Mehrzahl der Reagan-Wähler wählte Reagan, weil sie ihn nett fanden, weil er so nett lächelte usw. In einem gewissen Sinn ist das durchaus eine intelligente Reaktion; ihr liegt die Erkenntnis zugrunde, dass nicht viel auf dem Spiel steht, dass in Wirklichkeit grosse Kapitalgruppen um die Kontrolle des Staates wetten, dass diese Gruppen leicht unterschiedliche Programme haben, dass sie es sind, die die Kandidaten aufstellen und sie mit dem grössten Werbeaufwand anpreisen, und dass der Wähler nur dasitzt und sich das Spektakel anschaut. Man kann mitspielen, wenn man will, oder es auch sein lassen.

Was die Wahl offenbart, ist die extreme Entpolitisierung der amerikanischen Gesellschaft und der Mangel an institutio-

nellen Möglichkeiten politischen Engagements. Sie fehlen in der Tat. So gibt es z.B. im Grunde keine Gewerkschaften. In den meisten Ländern stellen die Gewerkschaften eine jener Strukturen dar, mit deren Hilfe einzelne ihre Kräfte vereinen können, um auf diese Weise im umfassenderen Sinne politisch aktiv zu werden. Diese Möglichkeit gibt es in den USA nicht. In Wirklichkeit ist die Demokratie nicht viel wert, wenn isolierte Individuen auf sich allein gestellt sich mit den zentralisierten Machtsystemen auseinandersetzen müssen. Damit die Demokratie funktioniert – diese Erkenntnis ist schon hundert Jahre alt –, sind sogenannte «sekundäre Institutionen» erforderlich, d.h. Institutionen, die es Menschen mit beschränkten Einflussmöglichkeiten – also praktisch allen – erlauben, sich mit anderen zusammenzuschliessen, um die notwendigen Informationen zu bekommen, Ideen und Programme zu entwickeln, diese auf die politische Tagesordnung zu setzen und sie praktisch durchzusetzen. Wenn solche Institutionen nicht existieren, ist Politik nur ein Spiel unter Eliten.

Hanauer: Woran liegt es, dass es in den USA heute keine starke Linie, keine Arbeiterpartei, keine sozialistische, nicht einmal eine sozialdemokratische Partei gibt?

Chomsky: Um diese Frage zu beantworten, muss man in die Geschichte der USA zurückgehen. Das Wichtigste: Wir haben es mit einer Einwanderungsgesellschaft zu tun. Die gegenwärtigen Vereinigten Staaten entstanden aus grossen Einwanderungswellen. Viele dieser frühen Einwanderer hatten niemals vor, hier zu bleiben. In der Tat war der Anteil derer, die nach Europa zurückkehrten, enorm hoch; zuzeiten gingen 30 bis 40% der Einwanderer nach

einigen Jahren wieder in ihre Heimatländer zurück; sie kamen nach Amerika, um Geld zu verdienen, und gingen dann zurück, um in einer zivilisierten Umgebung zu leben. Die Mehrheit allerdings blieb. Die Vereinigten Staaten waren ein reiches Land mit einer expandierenden Ökonomie, das bis etwa 1930 eine grosse Zahl von Einwanderern absorbieren konnte. Hier fanden die Einwanderer ein Unterkommen, wenn sie keinen Ärger machten und sich an die Spielregeln hielten. Auch wenn sie bis aufs Blut ausgebeutet wurden, ihre Kinder konnten die Schule besuchen. Nehmen Sie mich z.B.: Mein Vater arbeitete in einem solchen Ausbeuterbetrieb, als er hierher kam, und ich besuchte die Universität und wurde schliesslich Professor. So etwas konnte passieren; das ist der amerikanische Traum. Aber die Bedingung für diesen Aufstieg war, dass man bei seinem Leisten blieb, sich aus der Politik heraushielt. Wo sich die Arbeiter organisierten, machte der Staat solche Versuche zumeist mit Gewalt zunichte; Tausende von Menschen wurden während der Sozialistenverfolgung nach dem Ersten Weltkrieg des Landes verwiesen, darunter viele Aktivisten und Organisatoren der Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei. In den 30er Jahren gab es im Zusammenhang mit der Grossen Depression eine neue Welle politischer Organisation auf der Gewerkschaftsebene usw., aber auch diese wurde schliesslich gebrochen, zunächst durch den Krieg und dann durch den Kalten Krieg danach.

Natürlich bleibt diese Erklärung noch an der Oberfläche; es kam eine ganze Reihe historischer Ursachen zusammen, die bewirkten, dass in den USA sich keine stabile politische Opposition herausbilden konnte.

Hanauer: Auch wenn es in den USA keine linken Gewerkschaften oder eine sozialistische oder Arbeiterpartei gibt, so gibt es doch eine Fülle von Bürgerinitiativen, jedenfalls mehr als in Europa, feministische Gruppen, Organisationen der Schwarzen, Umweltschutzinitiativen usw. Welche Rolle spielen sie?

Chomsky: Sie haben recht: Anstelle einer politischen Opposition gibt es in den USA die verschiedensten Organisationen und Initiativen von Bürgern. Unter ihnen haben die Kirchen zahlenmässig das grösste Gewicht, und sie sind ungeheuer aktiv. Im Vergleich zu anderen Industriegesellschaften ist der Grad des Bürgerengagements in Kirchen und religiösen Gemeinschaften in den USA enorm hoch. Auch darin spiegelt sich die tiefgehende Entpolitisierung der Gesellschaft: Die Menschen brauchen einen institutionellen Rahmen, in dem sie sich verwirklichen können; wenn das politische System ihn nicht bietet, dann suchen sie ihn sich woanders. Ausser den Kirchen gibt es andere Gruppen wie die Feministen, die Ökologen usw. Aber es ist nicht einfach, sie am Leben zu halten. Woran es in den USA fehlt, ist die Kontinuität des Engagements. Die Bewegungen kommen und gehen, einmal sind es die Menschenrechte, dann Vietnam, dann wieder ein anderes Thema. In Europa geben die linken Parteien einen Rahmen ab, in dem sich Aktivismus und Engagement konsolidieren und auf Dauer stellen lassen. Auf diese Weise gibt es einen gewissen Grad an Kontinuität, Erfahrungen werden in Lernprozessen verarbeitet und weitergegeben. Das ist schon ein bedeutender Unterschied zu den USA, auch wenn die linken Parteien in Europa keine wirkliche Gesellschaftsveränderung anstreben. Ich möchte auf kei-

nen Fall die europäischen sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien glorifizieren; ich halte sie für reformistische Parteien, die, wenn sie an der Macht sind, sich nicht viel anders verhalten als die Konservativen. Aber sie sind bis zu einem gewissen Grad in der Arbeiterschaft und in anderen sonst nicht repräsentierten Gruppen verankert, und das macht schon etwas aus. Vor allem aber bewirkt es Kontinuität des politischen Engagements.

Hanauer: Was sollten Ihrer Meinung nach die linken und fortschrittlichen Kräfte in den USA tun, eine dritte Partei gründen oder weiter in der Demokratischen Partei arbeiten? Und woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass die Demokratische Partei, wie manche meinen, sich zur Zeit nach rechts entwickelt? Spielt hierbei möglicherweise jene von Ihnen angesprochene Fehlinterpretation der letzten Präsidentschaftswahlen eine Rolle? Glauben die Demokraten an den «Erd-rutschsieg» Reagans und meinen, sich deshalb nach rechts anpassen zu müssen?

Chomsky: Ob es einmal (wieder) eine dritte Partei in den USA geben wird, weiss ich nicht. Jedenfalls glaube ich nicht, dass es sinnvoll wäre, eine solche jetzt ins Leben zu rufen. Das Zwei-Parteien-System ist viel zu tief in die institutionellen Strukturen unserer Gesellschaft eingegraben. Was die Demokratische Partei angeht, so ist sie, wie alle Parteien in der Geschichte der USA, abhängig von den Interessengruppen, die sie kontrollieren. Die Demokratische Partei muss eine grosse Bandbreite von Interessengruppen zusammenhalten. Dagegen ist die Republikanische Partei, vor allem seit den 70er Jahren, eine streng ideologisch ausgerichtete Partei: sie ist die Partei der Unternehmer. Das war vor 1970 ganz anders.

Vor dieser Zeit unterstützten die Unternehmer beide Parteien, und zwar etwa im gleichen Ausmass. Die Parteien vertraten leicht unterschiedliche Unternehmensinteressen; so waren in den 30er Jahren die Republikaner eher die Vertreter der kleinen Unternehmer, der technologisch rückständigen und weniger weltmarktorientierten Betriebe, während die Demokraten eher die weltmarktorientierten, technologisch fortschrittlichen und kapitalintensiven Unternehmen vertraten. Aber in den 70er Jahren änderte sich das grundlegend. Heute sind die Republikaner tatsächlich die Unternehmerpartei. Das lässt sich an den Spenden ablesen, die heute zum weitaus grössten Teil an die Republikaner gehen; das zeigt sich aber auch an der Zunahme des Lobbyismus und an dem Auftreten ideologischer Institutionen der Unternehmerschaft wie «Heritage» usw. in den 70er Jahren. Diese rechten Stiftungen haben mit ihrem extremen Pro-Business-Bewusstsein die ideologische Debatte in den USA fast ganz unter Kontrolle. Die Demokraten haben gegen diese ideologische Offensive bisher kein Mittel gefunden; sie sind nach wie vor die Partei, die disparate Bürgerinteressen unter einem Dach vereint, Interessen, die sich nicht verallgemeinern lassen und denen es an Macht und Einfluss fehlt. Auf diese Weise können sie sich mit der ideologisch hochgerüsteten Unternehmerpartei nicht messen. Es war interessant zu sehen, wie im letzten Wahlkampf der Begriff der «Partikularinteressen» benutzt wurde: Reagan kritisierte die Demokraten als die Partei der Partikularinteressen, weil die Demokratische Partei sich um die Arbeiter, die Frauen, die Schwarzen, die Rentner, die Arbeitslosen usw. kümmerte. Das also sind die Partikularinteressen, die Interessen der

grossen Mehrheit des Volkes. Es gab nur eine Gruppe, die nicht als Partikularinteresse angesehen wurde: die Konzerne. Die Republikaner sind die Partei der grossen Konzerne, aber deren Interessen sind nicht partikulär, sondern national. In einem gewissen perversen Sinn ist das sogar richtig: Die Bevölkerung ist an den Rand gedrängt worden, das Land gehört den grossen Konzernen, darum sind ihre Interessen die nationalen Interessen, und die Partei, die sie vertritt, vertritt die Nation. Allerdings: Wenn sich die Unternehmerschaft geschlossen um eine Partei schart, dann müssen schon ernste soziale Veränderungen stattfinden, um auch nur eine beschränkte Zwei-Parteien-Demokratie zu erhalten.

Hanauer: Zurück zu der Frage nach der Hoffnung für die Linke. Haben Sie immer noch Hoffnung, und worauf gründen Sie sie, dass zumindest der linke Flügel der Demokraten die Partei nach links bewegen kann? Oder sehen Sie auch für 1988 schwarz?

Chomsky: Ob die Demokratische Partei sich nach links bewegt oder nicht, hängt nur unwesentlich davon ab, ob sich linke Aktivisten dazu entschliessen, in der Partei zu arbeiten. Worauf es ankommt, ist, ob es ihnen gelingt, grosse Teile der Bevölkerung durch Aufklärung und Organisation dazu zu bringen, für die Durchsetzung entsprechender Programme und Politiken Druck zu machen. Gelingt das, so wird die Demokratische Partei sich diesem Druck schon beugen; gelingt es nicht, wird sich die Demokratische Partei nicht nach links bewegen lassen. Die Frage ist also nicht: Sollen wir der Demokratischen Partei beitreten?, sondern: Wie können wir durch Arbeit in gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen politisches Bewusst-

sein wecken und zu politischem Engagement ermuntern? Wenn die Politisierung gelingt, wird sich das Parteiensystem in der einen oder anderen Weise dem anpassen oder es finden sich Wege der Durchsetzung an den Parteien vorbei. Dabei ist es nicht so wichtig, wer regiert. Als Nixon Präsident war, arbeitete die Bewegung gegen den Vietnam-Krieg genauso weiter wie unter Johnson. Der Unterschied war unerheblich; worauf es ankam, war, die Kosten der US-Aggression zu erhöhen. Das gilt auch für alle anderen Forderungen. Wer immer regiert, er ist immer der Vertreter der einen oder anderen Fraktion einer relativ kleinen Gruppe von Grosskapitalisten; solche Leute sind es gewöhnt, ihre Entscheidungen auf der Basis einer Kostenkalkulation zu treffen. Ein Teil der Kosten ist der Widerstand, der von der Bevölkerung ausgeübt wird. Ich halte persönlich nicht sehr viel von Parteipolitik.

Hanauer: Wie lassen sich die Unorganisierten organisieren? Welche Lehren zieht die Linke und die Friedensbewegung aus den letzten Präsidentenwahlen? Wie gross ist das Potential für soziale Veränderungen in den USA?

Chomsky: Ich glaube, dass die 84er Wahlen weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin sehr aufschlussreich waren. Was sie vor allem zeigten, war, dass 47% nicht einmal ge-

nug Interesse aufbrachten, um wählen zu gehen; von den Arbeitslosen ging nur ungefähr jeder Dritte zur Wahl. Die Wahlen zeigten auch, dass 53%, also die Mehrheit, an dem Spiel ihren Spass hatten, vor allem an dem Fernsehspektakel, aber nicht glaubten, dass dabei viel auf dem Spiel stehe. Das ist die wesentliche Botschaft dieser Wahlen. Was die Linke allerdings begreifen muss, ist, dass es in dieser Gesellschaft gärt, und zwar überall. In Wirklichkeit ist in vielen Teilen des Landes die Bevölkerung den linken Führern, was Aktivität angeht, voraus. So entwickelte sich die Sanctuary-Bewegung völlig unabhängig von jeder Einflussnahme durch linke Führungsfiguren. Es gibt Möglichkeiten, aufzuklären, die Leute zu organisieren, Vorurteile abzubauen, in Gruppen aktiv zu werden und auf soziale Veränderungen hinzuarbeiten. Aber es ist nicht einfach.

Hanauer: Wenn Sie nach Europa blicken und dort vor allem die sozialdemokratischen Parteien, ob an der Regierung oder in der Opposition, im Auge haben, was könnten diese Ihrer Meinung nach gegen die Vorherrschaft der USA in Europa und die Intervention der USA in der Dritten Welt tun?

Chomsky: Sie können eine Menge tun, aber sie sollten bedenken, dass das seinen Preis hat. Die USA sind ein sehr mächtiges und sehr gewalttätiges

Land, das Abweichung nur in engen Grenzen zulässt. Aber bezüglich der US-Einmischung in der Dritten Welt können die Europäer ganz konkrete Schritte unternehmen. Nehmen wir z.B. Nicaragua. Wenn die Europäer den Mut dazu hätten, könnten sie die amerikanische Aggression gegen Nicaragua stoppen: sie könnten das Embargo unwirksam machen, sie könnten den Nicaraguanern die Hilfe geben, die sie benötigen, sie könnten ihnen die Wahlmöglichkeiten eröffnen, die ihnen verwehrt bleiben, wenn die USA sie in die Hände der Sowjetunion treibt. Europa könnte eine Alternative zu der Machtpolitik der beiden Supermächte bieten. Aber ich bezweifle, dass es dazu kommt, weil dies den Konflikt, den die Europäer scheuen, bringen würde. Dennoch: Wenn die Europäer sich zu einer stärker integrierten politischen Einheit zusammenfänden, dann wären sie die dritte Kraft in der Welt. Die Wirtschaft Westeuropas ist immerhin von der Grössenordnung der US-amerikanischen – und etwa doppelt so stark wie die der Sowjetunion, glaube ich –, Europa hat eine Einwohnerzahl, die der der USA entspricht, eine gebildete Bevölkerung usw. Es könnte eine sehr wichtige Rolle in der Welt spielen, wenn es sich aus der Fixierung auf die gegenwärtige Bipolarität der Welt befreien könnte.

Eine erste Runde über die Abstimmung zum Schweizer UNO-Beitritt

Die UNO – was ist das?

Gedanken von Nationalrat Heiner Ott, Münchenstein

Das schweizerische Parlament hat dem UNO-Beitritt zugestimmt. In jedem anderen Lan-

de der Welt wäre damit dieser Beitritt beschlossene Sache. Einzig in der Schweiz bestimmt

die Bundesverfassung, dass der Beitritt zu einer derartigen Organisation einer obligatorischen